

3G-Gespräch Gastropräsident nun zuversichtlich

VADUZ Nach dem anfänglichen Unmut über die Art der Umsetzung der 3G-Pflicht, ist der Präsident des Hotel- und Gastronomieverbandes Walter Hagen zuversichtlich, dass eine praktikable Lösung gefunden wird. Vertreter des Hotel- und Gastronomieverbandes (LHGV) hatten sich am Donnerstagmittag mit Gesundheitsminister Manuel Frick und Wirtschaftsministerin Sabine Monauni getroffen. Das Gespräch sei «sehr konstruktiv» verlaufen, sagte LHGV-Präsident Walter Hagen danach gegenüber dem «Volksblatt». Einige Details zu den Regelungen rund um die 3G-Pflicht und die diesbezüglichen Positionen seien dabei erörtert worden. Die Ergebnisse des Treffens wollte Hagen aber noch nicht im Detail umreißen. «Wir wollen das Besprochene zuerst sortieren, damit es nicht zu Missverständnissen kommt.» Was der oberste Branchenvertreter der Gastronomen aber bereits vorausschicken konnte: «Wir sind sehr guter Dinge, dass künftig eine praktikable Umsetzung der Zertifikatspflicht möglich ist.» Die Details werde der Gastronomieverband oder allenfalls die Regierung in den kommenden Tagen kommunizieren. LHGV-Präsident Walter Hagen sagt, man stehe der 3G-Pflicht in der Gastronomie im Grundsatz positiv gegenüber. Die Umsetzung in der Praxis hatte Hagen aber am Tag der Einführung deutlich kritisiert. Es sei weder praktikabel noch angebracht, dass Wirte von ihren Gästen neben dem Zertifikat auch einen Ausweis verlangen müssten. Auch dem Scannen der Zertifikate via Check-App können die Wirte nicht viel abgewinnen. Gewünscht werde eine Modifizierung der Verordnung. Diese stützt sich indes auf Schweizer Vorgaben. Dort ist 3G seit Montag Pflicht, in Österreich und Deutschland schon etwas länger. «Die Erfahrungen der nächsten Tage werden dann zeigen, ob allenfalls liechtensteinspezifische Änderungen vorgesehen werden müssen», sagte Wirtschaftsministerin Sabine Monauni am Mittwoch gegenüber dem «Volksblatt». (ds)

Gemeinde Balzers Millionen-Sanierung bei Pumpstation

BALZERS Beim in die Jahre gekommenen Pumpwerk Iramali muss das Regenbecken wegen teils massiver Mängel saniert werden. Zudem stehen weitere Bauprojekte im Areal an. Insgesamt werden die Kosten auf knapp 1,4 Millionen Franken geschätzt. Das Pumpwerk und Regenbecken Iramali wurde 1974 als Fangbecken für das modifizierte Mischsystem aus dem Einzugsgebiet Mäls erbaut, wie es im aktuellen Gemeinderatsprotokoll heisst. Nun wurde festgestellt, dass das Pumpwerk und Regenbecken mit Blick auf die Substanz zwar in relativ gutem Zustand sei, aber bezüglich Installationen, Betriebssicherheit, Arbeitssicherheit und Wartung teilweise massive Mängel aufweise. Deshalb soll das Regenbecken saniert werden - inklusive Neubau eines Betriebsgebäudes. «Sämtliche Elektro- und Sanitärinstallationen inkl. der Pumpenanlagen und Steuerungen sind zu erneuern», wie im Gemeinderatsprotokoll zu lesen ist. «Das Betriebsgebäude dient neu als Zugang zum Regenbecken und beinhaltet die Schalt- und Steuerungsanlage.» Im Zuge der Baumassnahmen beim Regenbecken soll zudem der Ringschluss der Wasserleitung zwischen den Strassen Insel und Fabrikstrasse/Alberweg realisiert werden, was die Versorgungssicherheit vor allem im Brandfall für das Gewerbegebiet Oerlikon erhöht. Weiter soll der dortige Kies-Fussweg zum Parkplatz der Oerlikon barrierefrei werden und analog dem Pausenplatz mit Naturstein gepflästert werden. Mit einstimmigem Beschluss hat der Balzner Gemeinderat die Bauverwaltung beauftragt, für die drei Massnahmen das Bau- und Detailprojekt einzuleiten. (red/pd)

Weitere Coronademo: Redner müssen auf Wortwahl achten

Protest Für Freitag ist eine weitere Coronademo auf dem Peter-Kaiser-Platz angekündigt. Die Veranstalter sind dieses Mal aber andere. Aufgrund der Erfahrungen der letzten Demonstration wurden spezielle Auflagen erlassen.

VON DAVID SELE

Die Regierungskanzlei habe eine Demonstration für kommenden Freitag zwischen 18 und 20 Uhr auf dem Peter-Kaiser-Platz genehmigt, erklärte Andrea Clavadetscher gestern gegenüber dem «Volksblatt». Peter Sele von der Regierungskanzlei bestätigte daraufhin, dass eine Bewilligung erteilt wurde. Nicht mehr involviert in die Organisation ist das Liberale Forum des Triesenberger Bankers Ulrich Hoch. Er zeichnete verantwortlich für die Kundgebung am vergangenen Freitag, an der rund 600 Personen aus Liechtenstein, der Schweiz und Österreich teilnahmen (das «Volksblatt» berichtete). Dieses Mal wurde der Antrag vom Liechtensteiner Andrea Clavadetscher eingereicht. Er war bereits an der ersten Demo beteiligt, moderierte die rund zweistündige Veranstaltung auf dem Coronamobil des Schweizer Impfgegners Daniel Trapsch. Um ihn sei eine kleine Gruppe von Privatpersonen geschart, erklärt Clavadetscher. Man überlege sich, einen Verein zu gründen, so der ehemalige Radsportler.

Veranstalter tragen Verantwortung für Reden

Angemeldet habe man für Freitag 500 bis 1000 Personen. Ein entsprechendes Corona-Schutzkonzept sei derzeit noch bei den Behörden in Prüfung. Die anvisierte Besucherzahl dürften die Organisatoren wohl auch für sich als Obergrenze festgelegt haben: Denn bei Veranstaltungen im Freien mit mehr als 1000 Personen muss ein 3G-Zertifikat von den Besuchern verlangt werden. Unter anderem gegen diese Zertifikatspflicht soll an der Kundgebung jedoch demonstriert werden.

Für die Demo wurde zudem eine besondere Auflage erlassen: Laut Clavadetscher steht in der Bewilligung,



Vergangene Woche demonstrierten etwa 600 Personen aus dem In- und Ausland in Vaduz. (Foto: Michael Zanghellini)

dass Holocaust-Verharmlosungen zu unterlassen sind. Dafür müssen die Organisatoren die Verantwortung tragen und gegebenenfalls entsprechend eingreifen.

Peter Sele bestätigt: Die Regierungskanzlei habe in der Bewilligung merkt, dass strafrechtlich relevante Handlungen zu unterlassen sind. Dies umfasst also auch andere strafbare Äusserungen und Taten. Dass ein solcher Satz in eine Bewilligung für eine Demo geschrieben wird, ist unüblich. «Geschuldet ist dies hier sicher den Erfahrungen von der letzten Demonstration», sagt Peter Sele. An der Coronademo vom vergangenen Freitag hatten mehrere Redner

die 3G-Regel mit den Verbrechen der Nazis gleichgesetzt. Es kam zudem auch zu Beleidigungen gegen die Regierung und zum konkreten Aufruf, gegen geltende Gesetze und Verordnungen zu verstossen. All diese Äusserungen erfüllen potenziell Straftatbestände gemäss dem liechtensteinischen Strafrecht. Wie die Staatsanwaltschaft gegenüber dem «Volksblatt» bestätigt, wurden diesbezüglich Ermittlungen aufgenommen.

Abermals Unterstützung aus dem Ausland

Andrea Clavadetscher will aber wieder möglichst alle auf der Demo

sprechen lassen, die sich melden. Zwei Redner seien bereits fix eingepplant. «Gegebenenfalls müssen wir die Redezeit etwas beschränken, aber es würde mich freuen, wenn auch Vertreter des Landtages oder der Regierung sich dahin trauen. Auch wenn sie nur zuhören», so Clavadetscher.

Wie bereits bei der ersten Coronademo holen sich die Organisatoren zudem Unterstützung aus der Schweiz. So sollen die sogenannten «Freiheitsstrychler» vor Ort sein. Es handelt sich dabei um eine coronakritische Gruppierung aus der Schweiz, die mit grossen Kuhglocken von Demo zu Demo tourt.

5G-Netzausbau - Fluch oder Segen?

Forschung Der 5G-Ausbau in Liechtenstein verspricht nicht nur ein schnelleres Internet, sondern die Basis für weitere Innovationen. Die Verbesserungen haben aber weitreichende Konsequenzen.

VON SILVIA BÖHLER

Mit der neuen 5G-Technologie wird laut Jürg Eberhard, Geschäftsführer der Forschungstiftung Strom und Mobilkommunikation (FSM) an der ETH Zürich, ein neuer Massstab gesetzt. Eberhard war gestern als Referent beim IKT-Forum im Technopark Liechtenstein zu Gast und gab Einblicke in die neue Technologie. Während die vorhergehenden Mobilfunktechnologien zur Datenkommunikation von Personen untereinander konzipiert waren, kommen bei 5G weitere Anwendungsgebiete hinzu. So sollen künftig nicht nur Smartphones der Endkunden mit schnellem Internet versorgt werden, sondern Ziel ist auch eine Basis für die Vernetzung und Kommunikation von Computern, Maschinen, Autos, und Ähnliches zu schaffen - das sogenannte «Internet der Dinge». Möglich machen sollen das die zusätzlichen Frequenzbereiche sowie neue technische Verfahren. Bei den Fre-

quenzen lehne sich Liechtenstein stark an die Schweiz an, die sich innerhalb von Frequenzen bewege, die bereits von der 4G-Technologie bekannt seien. In Amerika, Südafrika und Japan würden demgegenüber bereits höhere Frequenzen angewendet. Denn grundsätzlich gelte, je höher die Frequenzen, desto leistungsfähiger sind die Netze und desto mehr Daten können übermittelt werden. Allerdings würden sich dann auch die Signale weniger weit ausbreiten. «Das bedeutet, dass wir mehr Antennen aufstellen müssen, um die bisherige Abdeckung zu erreichen», erklärte Eberhard.

Adaptive Antennen

Die Akzeptanz in der Bevölkerung sinkt allerdings, immer neue Sendemasten zu errichten. Für die Bürger würden mehrere Antennen aber nicht unbedingt Nachteile bedeuten, entgegnete Jürg Eberhard. Im Gegenteil, denn ein Mehr an Antennen würde auch die Funkverbindung verbessern und damit eine Bestrahlung minimieren. Ebenso könne mit der adaptiven Antennentechnik, die Strahlung dorthin fokussiert werden, wo sich das verbundene Mobiltelefon befinde. Im Gegensatz zu konventionellen Antennen werde so nicht mehr die gesamte Umgebung bestrahlt. Jürg Eberhard ist deshalb überzeugt, dass es zwischen den Technologien 4G und 5G keine fun-



Jürg Eberhard ist Geschäftsführer der FSM. Obwohl die Stiftung von Netzbetreibern und Endgeräteherstellern finanziert wird, hätten diese keinen Einfluss auf die wissenschaftlichen Tätigkeiten, betonte der Referent. (Foto: Michael Zanghellini)

damentalen Unterschiede bezüglich der Strahlenbelastung geben wird. Wie sich ein flächendeckender Einsatz von 5G und eine damit möglicherweise exponentielle Nutzung von Daten auf die Strahlenbelastung auswirken werde, sei allerdings

nicht vorherzusagen. Jürg Eberhard: «Hier ist fraglich, ob die getätigten Aussagen dann immer noch stimmen.» Ebenso müsse die Belastung künftig nicht nur im Aussenbereich, sondern auch in Innenräumen (Fabrikhallen, ...) gemessen werden.